

Erster Brief:

Sehr geehrter Herr Prof. Sinn,

Ihr wichtiges Buch müsste in jeder Schule besprochen werden bevor die Schüler ins Arbeitsleben entlassen werden, denn klarer kann man ja wohl kaum volkswirtschaftliche Zusammenhänge am Fallbeispiel Deutschland erklären.

Gestatten sie mir bitte die folgenden vier kritischen Anmerkungen, die ich allerdings nur zum Thema Steuern habe.

1) Erst dachte ich das "Postulat der horizontalen Gerechtigkeit" sei ein mir unbekannter ökonomischer Begriff. Vielleicht stimmt das, aber ich glaube eher es ist eine vornehmere Form der oft gehörten Stammischfloskel "Ich habe meine Steuern schon aufs Einkommen bezahlt, und jetzt auch noch auf meine Zinsen? Nicht mit mir!" Wenn mein Vermögen fällt weil die Zinsen auf meinem Sparbuch nicht die Inflation ausgleichen (und das ohne Steuern einzurechnen), weil meine Aktien nur noch die Hälfte wert sind oder weil mein Boss mich um einen Lohnverzicht bittet soll das ok sein. Denn hier ist ja der Markt am Zuge. Aber wenn der Staat Zinsen besteuert soll das ungerecht sein?

Wenn der reale Weltmarktzins wirklich 4% beträgt wie Sie (an anderer Stelle) in Ihrem Buch sagen, fällt Ihr Realvermögen auch nicht. Denn wenn wir von einer Inflation von 2% ausgehen, bringen 6% Zinsen auch nach 50% Steuern noch einen realen Gewinn von 1%. Die Kaufkraft Ihres Vermögen fällt in Ihrem Beispiel nur um 2.8% wenn die Inflation auch 6% beträgt. Das müsste erwähnt werden.

Kapitalzins ist Einkommen wie jedes andere auch und sollte wie jedes andere Einkommen versteuert werden. Für eine niedrigere Kapitalzinssteuer spricht dann nur dass durch geringere Zinssteuern, die ähnlich der der potentiellen Fluchtländer sind, die Kapitalflucht und Steuerbetrug eingedämmt werden können. Quellensteuern die automatisch auf Zinsen erhoben werden und Zusammenarbeit der Finanz- und Steuerbehörden verschiedener EU Länder und der Schweiz sind andere Massnahmen. Und wenn die deutschen Geldvermögen wirklich alle bei der Schweizer Bankgesellschaft in Zürich landeten, könnte sich das gerne jeder grössere deutsche Mittelständler von dort auch wieder leihen, und sicher zu besseren Konditionen als bei der Deutschen Bank zu Hause. Kapitalmärkte sind nämlich wirklich effizient.

2) Es wird argumentiert dass hohe Schwarzarbeit die Folge einer hohen Steuerpolitik ist. Aber ist das ein grosses Problem, oder eins das nicht ins Gewicht fällt? Sie zitieren eine Studie die besagt dass der Umfang der Schwarzarbeit in 2003 etwa 17% des Bruttoinlandsproduktes betragen hätte, nach einer Steigerung von 5.6%.

Wie man bis auf einen Punkt nach dem Komma eine Steigerungsrate einer Zahl errechnen kann die sich selbst nur schätzen lässt ist mir natürlich schleierhaft. Aber nehmen wir mal an die Zahl stimmt und sie wächst weiter und mittlerweile (2005) sind es 18% eines Bruttoinlandsprodukts von rund 2.200 Mrd Euro. Das wären so etwa 400 Mrd Euro die nur durch Schwarzarbeit erstehen.

Schwarzarbeiter beziehen kein Urlaubsgeld, machen nicht so oft krank, arbeiten also länger als der normale Arbeiter. Aber selbst wenn jeder Schwarzarbeiter 40 Stunden in der Woche arbeiten würde ohne Urlaub, müssten 10 Millionen Menschen nichts anderes machen als zu einem durchschnittlichen Stundenlohn von 20 Euro schwarz zu arbeiten und dafür 40.000 im Jahr steuerfrei verdienen. Das heisst nicht nur alle 4,5 Millionen Arbeitslosen würden non-stop schwarz für diesen Betrag arbeiten aber auch noch 5,5 Millionen Ausländer ohne Aufenthaltsgenehmigung, Rentner, Mütter, Studenten und Kinder oder anderweitig Beschäftigte. Nur so kommen wir auf 400 Mrd Euro.

Mit anderen Worten, die Zahl von 18% des BIP ist um ein Vielfaches zu hoch. Der Umfang ist vielleicht 2% oder 3% des BIP, also volkswirtschaftlich gesehen eher unbedeutend.

3) Jetzt zu den Neidsteuern des Frank Bsirske: Dass das Vermögen fliehen würde wenn man es zu besteuern versucht ist eine richtige Annahme. Aber Grundbesitz kann nicht fliehen, der Faktor Arbeit muss entlastet und der Staatshaushalt saniert werden. Eine langfristige radikale Umschichtung des Öffentlichen Gesamthaushaltes von den Sozialabgaben auf die Grundsteuer wäre also eine Betrachtung wert. Die Grundsteuer finanziert nur 1% des Haushaltes in Deutschland. Die ähnlich gelagerte britische Council Tax (Gemeindesteuer) aber 5% der britischen Staatsausgaben. Eine kurzfristige Erhöhung der Grundsteuer auf das britische Niveau würde etwa 40 Mrd Euro zusätzlich in die Kassen bringen und das deutsche Haushaltsloch in etwa stopfen. Was halten Sie von einer Steuerverlagerung von Sozialabgaben auf die Grundsteuer?

4) Verstehen Sie mich nicht falsch, auch ich bin für niedrigere Sozialabgaben und Steuern aus Effizienzgründen. Jeder der Abgaben und Steuern zahlt will das. Aber um seine Argumentation zu unterstützen sollte man keine Schreckgespenster von überhöhter Schwarzarbeit und Neidsteuer (die zu Kapitalflucht und Massenarbeitslosigkeit führt) an die Wand malen.

Grundsätzlich frage ich mich warum die ifo Vorschläge zur Steuersenkung nur die Steuersätze, nicht aber die Sozialausgaben mit einbeziehen? Beide verteuern den Faktor Arbeit gleichermassen, aber einer Absenkung der Sozialabgaben durch neue Freibeträge würde zu einer überproportionalen Entlastung der Geringverdienenden führen. Da gerade die auf den Arbeitsmarkt zu bringen sind macht das doch viel mehr Sinn. Der durchschnittliche Arbeitnehmer mit Kindern zahlt so und so keine Steuern und wird durch geringere Steuersätze auch nicht entlastet. Eine nicht zu vernachlässigende Tatsache die nicht nur Herr Kirchhof sondern auch andere Ökonomen berücksichtigen sollten wenn es um die politische Akzeptanz einer vorgeschlagenen Reform gehen soll.

Sonst, wie schon gesagt, ein erstklassiges Buch.

Mit freundlichen Grüßen

Matthias Usselmann

Zweiter Brief:

Sehr geehrter Herr Prof. Sinn

Wenn die aktivierende Sozialhilfe den gewünschten Effekt haben soll, müssen die Löhne der Geringqualifizierten um 30% fallen. So steht es in Ihrem Buch. Ich würde mich freuen wenn Sie mir nun folgende Frage beantworten könnten:

Müssten die Löhne in Regionen mit niedriger Arbeitslosenquote (z.B.: Bayern und Baden Württemberg, AL Quote etwa 7%) prozentual weniger fallen als in Regionen mit hoher Arbeitslosigkeit (alle neuen Bundesländer, AL Quote bis über 19%)? Ich vermute ja.

Wenn markträumende Löhne für Geringqualifizierte gelten sollen würde es vielleicht genügen wenn bayerische Löhne um 10% fallen. Ostdeutsche Löhne müssten aber deutlich kräftiger fallen, obwohl sie ja jetzt schon unter bayerischen liegen. Denn hier ist das Angebot an Arbeitskräften gemessen an der AL Quote, viel grösser. Ich könnte mir vorstellen dass die markträumenden Löhne im Osten auf ein Drittel des jetzi-

gen Niveaus fallen. Ein ostdeutscher Niedriglohn wäre dann vielleicht unter ALG2 Höhe, also etwa Euro 300 im Monat.

Wenn das nicht schon schlimm genug ist kommt jetzt auch noch der Mitnahmeeffekt zu tragen. Also für die 15% ostdeutschen Arbeitslosen die jetzt einen Job gefunden haben kommen jetzt 30% die vorher mehr verdienten aber jetzt auf das neue Lohnniveau runtergezogen werden. Im Klartext: 45% der Ostdeutschen leben jetzt von ALG2 (d.h. Euro 331 pro Monat) und müssen dafür 40 Stunden/Woche arbeiten.

Lohnzuschüsse greifen nach Ihrem Modell ja erst wenn man sich selbst einen Niedriglohn in der Privatwirtschaft sucht. Es gibt zwar 50% mehr Niedriglohn Jobs, aber nicht direkt bei der Privatwirtschaft in Ostdeutschland. Denn die die es früher in Friseursalons, als Hilfsarbeiter auf dem Bau, bei Nachtwächterfirmen oder als Verkäuferin bei Lidl oder Aldi gab sind jetzt alle nur noch über Leiharbeitsfirmen zu haben. Die Kommunen zahlen den Leiharbeitsfirmen für jeden den sie vermitteln einen Satz von vielleicht 100 Euro/Monat, die Leiharbeitsfirmen verpflichten sich Stellen die sie vermitteln mit ALG2 Sätzen zu vergüten. Von der privaten Wirtschaft erhalten Leiharbeitsfirmen nur 300 Euro/Monat pro Arbeitnehmer, denn das ist ja das markträumenden Niveau.

Kann das passieren, und wenn es passiert, was machen wir dann?

Mit freundlichen Grüßen

Matthias Usselmann

Dritter Brief:

Sehr geehrter Herr Professor Sinn,

Wie mächtig sind die Wirtschaftsweisen? Können Sie sich folgendes Szenario vorstellen?

Professor Bofinger, Sie und ich treffen uns und sprechen unseren je besten Vorschlag (Bofinger - Umschichtung der Arbeitgeber Sozialausgaben auf die Steuer, Sie - Aktivierende Sozialhilfe, ich - siehe unten) zur langfristigen Reduzierung der Arbeitslosigkeit ab bis wir uns alle einig sind. Wir fahren zum Bundespräsidenten (der ja auch was von Wirtschaft versteht) und der sagt uns, ja so ist es richtig. Wir nehmen den Bundespräsidenten mit zu den Koalitionsverhandlungen zwischen CDU und SPD damit man uns auch reinlässt und um was Druck zu machen. Aber Druck ist gar nicht nötig, Vorschläge werden begeistert aufgenommen, Wahlprogramme ins Feuer geschmissen und Arbeitslosigkeit wird ohne Sozialabbau in den nächsten Jahren stetig reduziert.

Sie mögen meinen innovativen und radikalen Vorschlag ja noch so gut und ergänzend zu Bofingers und Ihrem halten, aber wenn der nicht ankommt bei den Herren in Berlin ist es ja unnötig ihn auch Ihnen vorzuschlagen. Es wird zur 2%-gen MWSt-erhöhung, Reduktion der Arbeitskosten um einen Prozent, Erfolg der Koalitionsverhandlungen und den Ruin Deutschlands kommen.

Mit freundlichen Grüßen

Matthias Usselmann